

Warum war die DDR eine Diktatur?

Unter anderem aus folgenden Gründen:

1. **Es gab keine freien Wahlen.** Die DDR-Bewohner nannten das Wählen „Zettel falten gehen“, weil man nur die Einheitsliste der Nationalen Front „wählen“ konnte. Zu dieser gehörten neben der SED die Blockparteien. Eine Wahl zwischen ihnen war nicht möglich. Dass selbst die CDU-Ost dem Regime unterworfen war, kann man z.B. daran erkennen, dass auch sie sich zum Marxismus-Leninismus (!) bekennen musste. Das Kernprinzip der allgemeinen, direkten, freien, gleichen und geheimen Wahl war nicht erfüllt. Wer im Wahllokal seinen Zettel nicht vor den Augen der Wahlkommission faltete und einwarf, sondern die Wahlkabine benutzte, machte sich verdächtig und geriet leicht ins Visier der Staatssicherheit.
2. **Es gab in der Volkskammer keine Opposition.** Durch das Blockwahlverfahren konnte die Wählerstimme nicht einer bestimmten Partei zugeordnet werden. Echte Debatten mit politischen Meinungsgegensätzen konnten aus einer solchen Versammlung nicht berichtet werden, weil ein Wettstreit zwischen Opposition und Regierung so gar nicht möglich war. Aber es war noch schlimmer. Die Volkskammer war sogar nach dem Ständeprinzip aufgeteilt. So hatte z.B. der Gewerkschaftsbund FDGB automatisch eine bestimmte Platzzahl. Die Verteilung der Plätze richtete sich also nicht nach einem Wählerstimmenanteil. Insofern war das Prinzip „One man – one vote“ ausgehebelt.
3. **Es gab keine Pressefreiheit.** Alle Medien wurden faktisch oder sogar formell von der SED kontrolliert. In den DDR-Medien war jede Kritik am eigenen System tabu. Über einen Parteienpluralismus und entsprechende Positionsverschiedenheiten konnte nicht berichtet werden, weil das System die Entwicklung solcher Unterschiede gar nicht zuließ. Alles war letztlich nur Verlautbarung. Es gab deshalb eine massenhafte Ersatzbeschaffung von echten politischen Nachrichten z.B. über das Westfernsehen. Westpresse war verboten; Tonträger (Kassetten) wurden bei der Einreise in die DDR beschlagnahmt. Als wir einmal Weckgläser in Zeitungspapier eingewickelt mit nach Leipzig brachten, war dies für unsere Freunde ein Kuriosum: Die DDR-Grenzorgane hatten die Verpackung übersehen und daher nicht beschlagnahmt.
4. **Oppositionelle und Systemkritiker wurden verfolgt.** Sozialdemokraten, die sich 1946/47 der Zwangsvereinigung von SPD und KPD widersetzen, wurden verfolgt. Es gab Hinrichtungen und politische Morde oder Mordversuche, auch durch MfS-Agenten auf Westberliner Boden. Es gab nicht nur in der stalinistischen Zeit, sondern auch unter Honecker politische Gefangene, die teilweise nichts anderes getan hatten, als öffentlich Menschenrechte zu fordern oder einen kritischen Brief zu schreiben. Der Besitz von systemkritischer Lektüre konnte zu Anklage und Haftstrafen führen. Meine Pakete nach Leipzig wurden durch den DDR-Zoll geplündert, weil ich Marianne und Reinhard Bücher zu schicken versuchte (z.B. H.E. Richter: „Lernziel Solidarität“ – und Richter war gewiss kein „Antikommunist“).
5. **Ein Führer- und Ahnenkult beherrschte die gesamte Politik.** Widersprüche wurden auch hier nicht zugelassen. Ein öffentlicher Auslegungstreit z.B. über eine Marx-Interpretation zwischen Parteikadern oder selbst eine Diskussion über die historischen

Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Rosa Luxemburg wäre undenkbar gewesen. Wie im Kreml verschwand der jeweils letzte Parteiführer in der Versenkung. Als ich in der Franz-Mehring-Buchhandlung in Leipzig ein paar Jahre nach Ulbrichts Abdankung versuchte, noch irgendein Werk von ihm zu erstehen (denn in diesem Laden legte ich meinen Zwangsumtausch als West-Besucher gern an), gab es keine Spur mehr von ihm. Von der Rosa-Luxemburg-Ausgabe waren immer dieselben Bände vergriffen. In der Schule musste von allen jungen Menschen genau diejenige Interpretation der Klassiker wiedergekaut werden, die die SED dem Lehrkörper aufgetragen hatte. In wissenschaftlichen Werken gleich welchen Faches war der Kotau vor den Ahnen ein Muss. Stalin musste als Fachwissenschaftler z.B. in der Linguistik zitiert werden. Eine öffentliche Kritik an der SED etwa dergestalt, sie habe den Geist des Sozialismus verraten, hatte schwerste Folgen für die Kritiker. Auch innerparteilich mussten „Abweichler“ mit Verfehlung, Ausschluss und Inkrimination rechnen. In der Ausschaltung innerparteilicher Opposition waren sich die faschistischen und die kommunistischen Parteien verblüffend ähnlich. Ich habe Rudolf Bahro und Wolfgang Harich kennengelernt – beide verbitterte Opfer der inneren Diktatur in der SED.

6. **Es gab keine wirkliche Gewaltenteilung.** Dafür ein Indiz: In der BRD gab es zu Wendezeiten 18.000 Rechtsanwälte, in der DDR bloß 600. Das liegt auch daran, dass DDR-Bürger sich in aller Regel gar nicht trautes, einen Anwalt z.B. gegen das Vorgehen von Staatsorganen oder Betriebsleitungen zu nehmen, oder, wenn sie es versuchten, keinen Anwalt fanden, der sich getraut hätte. Wer den Rechtsweg beschritt, hatte mit gravierenden Nachteilen zu rechnen und bei Unnachgiebigkeit zum Staatsfeind erklärt zu werden. Außerdem gab es keine Persönlichkeitsrechte und keinen Datenschutz gegenüber Staat und Betrieben. In den Betrieben gab es die sog. Kaderakte, aus der die Stasi sich jederzeit bedienen konnte. Umgekehrt war es auch klar, dass der Betriebsleitung über das gesellschaftliche Verhalten des Mitarbeiters berichtet wurde.
7. **Die DDR war ein Polizei- und Spitzelstaat mit nahezu unbegrenzten Befugnissen für die Staatsorgane.** Pro Kopf der Bevölkerung gab es mehr Spitzel als im NS-Staat! Etwa jeder hundertste DDR-Bewohner arbeitete für die Staatssicherheit. Das Misstrauen des Regimes gegenüber der Bevölkerung war immens; auch daher ja die Abriegelung des Staates und die Überwachung aller Reisen und Reisenden. Die FDJ-Reisegruppen, die ich als Grüner gemeinsam mit Bürgerschaftsabgeordneten anderer Fraktionen in den 80er Jahren im Hamburger Rathaus empfing, standen immer unter der Aufsicht einer Leitung, die direkt für das MfS arbeitete; unsere DDR-Gäste, obwohl ausgewählt, trautes sich oft gar nicht, in der Runde den Mund aufzumachen. Alle DDR-Bediensteten in Außenbeziehungen waren zur Spionage verpflichtet. Selbst völlig unbedeutende DDR-Besucher wie ich wurden zum Objekt einer Beobachtung, wenn sie irgendwie politisch aktiv waren (meine Tätigkeit für das Projekt einer westdeutschen „Sozialistischen Konferenz“ Anfang der 80er Jahre hat mir eine kleine „Stasi-Akte“ eingebracht, und ich wurde bei den Einreisen immer strenger kontrolliert).
8. **„Totalitär“ war das SED-Regime, weil es den gesamten Menschen seiner Herrschaft unterwarf.** Das reichte bis ins Schlafzimmer (Vera Wollenberger z.B. wurde von ihrem eigenen Ehemann Knud, der IM war, jahrelang bespitzelt), aber auch in alle Bereiche von Bildung und Erziehung. Ganz zu schweigen von der grimmigen frühkindlichen Horterziehung gab es einen militaristischen Drill schon im Kindergarten

und in den ersten Schuljahren. (Ich habe eine NVA-Huldigungsfibel für das Vorschulalter in meinem Archiv.) Das Volk wurde auf Partei, Volksarmee und den „großen Bruder“ SU eingeschworen, und auf großen Propagandatafeln wurde die „unverbrüchliche Treue zur Sowjetunion“ gelobt. Dabei gab es keine klare Grenze zwischen SED-Linie und Staatsdoktrin. Die SED vertrat praktisch eine neo-absolutistische Position: Der Staat bin ich. Es war nahezu ausgeschlossen, Karriere in Betrieb oder Staat zu machen, ohne SED-Mitglied zu sein. Die Parallelen zum NS-Staat sind besonders hier bedrückend eng. Auch gab es einen Menschenhandel mit „politischen“ Häftlingen aus rein ökonomischen Gründen – die DDR brauchte ständig West-Valuta, weil ihr gesamtes Wirtschafts- und Finanzsystem nie richtig funktionierte. In einer ihrer letzten Krisen half ihr ein mildtätiger Freistaat hinter der Staatsgrenze West mit ganzen Wagenladungen voller Bargeld vorübergehend aus der Patsche.

Also, alles in allem: Ja, es war ein **Unrechtsstaat**, und wir könnten nicht nur das Grundgesetz, sondern auch die UN-Menschenrechtscharta Artikel für Artikel durchgehen und die Inkompatibilität der DDR mit den Verfassungsprinzipien der Charta erhärten.

Aber: Es ist dumm zu versuchen, den Kalten Krieg noch ein zweites Mal zu gewinnen, indem die Grenze zwischen Lebenswelt und System eingerissen und der normale DDR-Bewohner pauschal für das SED-System verantwortlich gemacht wird.

Allerdings müssen sich gerade die linken Kritiker, die eine solche Verantwortungszuweisung ablehnen, danach fragen lassen, ob sie dem Bewohner des Hitlerstaats dieselbe Autonomie einräumen würden. Und da zeigt sich oft die Bereitschaft, mit zweierlei Maß zu messen. Denn gerade hartleibige Linke, die vehement die These von der Kollektivschuld der Deutschen für das „Dritte Reich“ und seine Verbrechen vertreten, heulen betroffen auf, wenn von einer kollektiven Verantwortung der DDR-Bewohner für „ihren“ SED-Staat geredet wird.

Meine Position dazu: Das Konstrukt einer Kollektivschuld ist nie mit dem Menschenrecht vereinbar. Für den Rechtsstaat ist Schuld immer etwas Persönliches, und sie muss individuell nachgewiesen werden. Ich bin nicht pauschal für den Staat verantwortlich, nur, weil ich auf seinem Gebiet lebe. Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs haben ihre Kollektivschuldthese auch nie wirklich exekutiert, sondern mit den real vorgefundenen Individuen versucht, aus der historischen Situation das aus ihrer Sicht jeweils Beste zu machen (für Stalin war das bekanntlich nicht die Demokratie). Die Alternative wäre gewesen, an den Millionen von Nazis und Mitläufern Rache zu nehmen, Verwaltungsbeamte, Polizisten, Richter und Lehrer zu entlassen und so ganze Funktionseliten aus dem Verkehr zu ziehen.

Ein wichtiger Impuls unserer 1968er Revolte war unsere Empörung, dass den zahllosen alten Nazis kein Haar gekrümmt worden war. Für viele deutsche Juden verbot sich in der Tat eine Rückkehr nach Deutschland; denn viele Nazi-Verbrecher liefen frei herum, und der BRD-Staat ließ sie gewähren. Wolfgang Staudtes Film „Die Mörder sind unter uns“ und viele andere Werke und Zeitzeugnisse machten auf diese Ungeheuerlichkeit aufmerksam. Nur ein einziger Nazi-Richter wurde angeklagt, und auch er nicht verurteilt. (Auch in der DDR gab es viele „Parteigenossen“, die rasch zu Kommunisten mutierten. Die SED bzw. die Sowjetmacht machte keineswegs allen Nazis den Prozess.) Das Gefühl, dass die Nachkriegs-Bundesrepublik keine richtige Demokratie war, beseelte uns Achtundsechziger und bestärkte unsere radikale Staatskritik. Das war gerechtfertigt; aber es machte uns auch blind für die Frage, wie denn ein Staat, der zwar mit demokratischem Anspruch antritt, aber dennoch

hunderttausendfach auf das alte Personal angewiesen ist, aufgebaut werden kann. Wir betrachteten das nicht als unsere Angelegenheit, aber das war denkfaul und verantwortungslos.

Heute, wo wir mehrere Beispiele dafür vor Augen haben, was geschieht, wenn man eine Diktatur militärisch besiegt und ihre Staatsstruktur gleich mitbeseitigt, müsste es eigentlich allen dämmern, dass eine vermeintlich moralische Lösung nicht unbedingt eine politisch gute ist. Denn nach dem Sturz einer Diktatur entsteht womöglich ein Gebilde wie der IS, das noch entsetzlicher ist als die alte Ordnung; oder ein ganzes Land fällt ins Chaos (Irak, Libyen).

Aus der Entwicklung nach der deutschen Wende von 1989 lässt sich eine Problemstellung ableiten, die man verallgemeinernd in folgende Frage kleiden könnte: Wie gehen wir mit den Bewohnern einer Diktatur um, die übrig bleiben, nachdem diese zusammengebrochen ist? Das ist eine Frage, die eine irakische Delegation brennend interessierte, die vor vier Jahren in Berlin zu Gast war und der ich etwas über Deutschlands „Stunde Null“ erzählen durfte. Während wir noch über diese Frage nachdenken, schreitet die politische Zeit stürmisch voran. Aus dem Desaster der „westlichen“ Außenpolitik nach dem Arabischen Frühling tritt uns heute noch eine weitere Problemstellung vor Augen: Welche politischen Ziele verbanden sich eigentlich mit den militärischen Strategien?

Der „War on Terror“ lässt eine rational nachvollziehbare Strategie, derzufolge der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist (Clausewitz), genauso vermissen, wie es die Achtundsechziger-Perspektive einer radikalen Entnazifizierung nach der bedingungslosen Kapitulation des NS-Staates tut. Denn auch wir Achtundsechziger trauerten damals der großen Abrechnung mit der NSDAP und ihren Anhängern nach, einer Abrechnung, die aus unserer Sicht von den Westmächten und dem Adenauer-Staat hintertrieben wurde. In den Tausenden von Gefängnissen jedoch, deren Errichtung eine radikale Entnazifizierung erfordert hätte, hätten wir selber nicht die Wärter sein wollen.

Kurt Edler